

SHORT

US-Staatsanwalt gegen die Ratingagenturen



US-Generalstaatsanwalt klagt gegen Moody's und Standard & Poor's.

New York. Der Generalstaatsanwalt des US-Bundesstaats Connecticut bringt die Ratingagenturen Moody's und Standard & Poor's vor Gericht: Die eingereichte Schadensersatzklage sei die erste solche gegen Ratingagenturen, erklärte Richard Blumenthal. Er wirft Moody's und Standard & Poor's vor, Anleger über die mit bestimmten Wertpapieren verbundenen Risiken getäuscht und damit zur Finanzmarktkrise in den USA beigetragen zu haben. Die Summe für Schadensersatz und Strafgeld könne sich auf mehrere hundert Mio. USD belaufen. Blumenthal hat bereits früher in anderer Sache eine Klage gegen die Ratingagenturen eingebracht, ein Urteil steht dabei aber noch aus. (APA)

Uniq ist „bester Versicherer“ in Kroatien

Zagreb. Die kroatische Uniq Tochtergesellschaft Uniqa osiguranje d.d. wurde mit der „Goldenen Kuna“ als beste Versicherung des Landes ausgezeichnet. Vorstandsvorsitzende Sasa Krbavac: „Diesen Business Excellence Award für unsere hervorragenden Geschäftsergebnisse in einem der bisher schwierigsten Geschäftsjahre zu erhalten, macht uns noch stolzer.“ Die „Goldene Kuna“ wird seit 17 Jahren von der kroatischen Wirtschaftskammer an die besten Unternehmen in fünf Kategorien (Klein-, Mittel-, Großunternehmen, Banken und Versicherer) verliehen. (red)

„Lebensraum 2010“: Immo-Messe in Graz



Immobilienmesse in Graz heuer zum zweiten Mal durchgeführt.

Graz. Am 13. und 14. März präsentiert die Kleine Zeitung die Immobilienmesse „Lebensraum 2010“ in Graz. Investitionen in Immobilien hätten vom Sicherheitsaspekt her im vergangenen Jahr stark an Stellenwert gewonnen. Bereits zum zweiten Mal geht die Veranstaltung über die Bühne. Bei der Immobilienmesse werden Informationen rund um Kauf, Verkauf oder Miete von Grundstücken, Häusern und Wohnungen gegeben. Rund 100 Aussteller informieren über verfügbare Immobilien, geplante Wohnprojekte und Anlegermodelle. (red)

Podiumsdiskussion zum Weltfrauentag Eigenes Handeln ist neben staatlicher Hilfe gefordert, Problem verschärft

Donau: Frauen-Vorsorge

Niedrige Einkommen und höhere Lebenserwartung sind gefährliche Mischung, so Donau-Vorstand.

Wien. Zum Weltfrauentag am 8. März veranstaltete die Donau Versicherung die Podiumsdiskussion „Vorsorge in Frauenhand“. Ursula Swoboda, Head of Finance Research GfK Austria, präsentierte in ihrem Impulsvortrag „Die Vorsorgebedürfnisse der Frau von heute“ aktuelle Studienergebnisse zum Thema Geld und Frauen. „Ein entscheidender Faktor ist, dass Frauen heute mit 83 Jahren im Durchschnitt um fünf Jahre älter werden als Männer, dabei aber der durchschnittliche Jahresverdienst in der aktiven Arbeitsphase im Schnitt bei 17.224 Euro liegt und bei Männern bei 29.061 Euro.“

Im Schnitt der EU-27 verdienen Frauen um 17,6% weniger pro Stunde als Männer. In Österreich kommen Männer auf einen Durchschnitts-Stundenlohn von 14,74 und Frauen auf 10,99 €. Nur in Estland ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern noch größer.

Johanna Stefan, Vorstandsdirektorin der Donau: „Niedrige Einkommen im aktiven Arbeitsleben und eine höhere Lebenserwartung sind eine gefährliche Mischung. Im Schnitt erhalten Frauen heute monatlich weniger als 850 Euro an staatlicher Pension. Dieses Problem wird sich in weiter zuspitzen.“ Möglichst frühzeitige Eigenvorsorge sei wichtig.

Wichtige Entscheider

Claudia Ilk, Versicherungsmaklerin und Präsidentin des Österreichischen Versicherungsmakler Rings, meint: „Nur wer die Probleme kennt, kann auch Gegenmaßnahmen setzen. Versicherungen, wie auch die Maklerinnen müssen hier bei ihren Geschlechtergenossinnen Aufklärungsarbeit leisten.“

Immerhin: Laut aktueller Studien treffen Frauen 80% der Entscheidungen in einem Haushalt. (red)



Donau-Vorstand Johanna Stefan bei Diskussion „Vorsorge in Frauenhand“.

Wirtschaftskanzlei KWR Partnerin Diana-Maria White veröffentlicht Leitfaden

Invest-Handbuch für Österreich

Wien. Diana-Maria White, in Österreich und Deutschland zugelassene Anwältin und Partnerin der Wirtschaftskanzlei KWR, hat mit Fabian Krings das Buch „Investitionsleitfaden Österreich – Markteintritt, Unternehmensführung, Steuern“ publiziert. Das Handbuch für an Österreich interessierte Unternehmen ist im Schäffer-Poeschel Verlag (Handelsblatt-Gruppe) erschienen.

Behandelt werden für den Eintritt in den österreichischen Markt relevante Themen wie Gesellschaftsgründung, Unternehmenserwerb, Geschäftsführerschaft, Immobilienrecht, Arbeits- und Steuerrecht; Praxisbeispiele und vergleichende Hinweise auf die deutsche Rechtslage tragen zum leichteren Verständnis bei. (red)



KWR-Partnerin Diana-Maria White: „Investitionsleitfaden Österreich“ neu.

hep-Tagung OGH-Urteile Stiftungen in der Zwickmühle

Linz. Die Judikatur im Bereich Stiftungsrecht wird immer strenger. Zwei aktuelle OGH-Urteile haben jetzt den Einfluss der Begünstigten auf ihre Privatstiftungen noch weiter eingeschränkt. Eine der möglichen Konsequenzen könnte sein, dass viele der 4.000 österreichischen Privatstiftungen künftig neue Anwälte und Steuerberater brauchen: Die Beratung des Stifters und der Stiftung sollte getrennt erfolgen, hieß es bei einer Veranstaltung der Rechtsanwaltskanzlei hep in Linz. Die Chance, dass die OGH-Urteile in nächster Zeit vom Gesetzgeber revidiert werden, schätzen die Referenten als unwahrscheinlich ein, der Trend laufe in die andere Richtung. (red)

Umweltschäden Haftung auch ohne direkten Nachweis
EuGH: Firmen zahlen für Umwelt

Luxemburg. Unternehmen müssen u.U. auch dann für Umweltschäden haften, wenn ihnen diese nicht nachgewiesen werden können: Es reicht aus, wenn der Schaden durch die Firma nur nahe liegt, urteilte jetzt der Europäische Gerichtshof (EuGH). Zu den Merkmalen zählen räumliche Nähe und die verwendeten umweltschädlichen Stoffe. In dem Streitfall (C-378/08) ging es um ein Öl- und petrochemisches Zentrum auf Sizilien.

Seit Jahren traten dort starke Umweltschäden auf. Die italienischen Behörden verpflichteten die nahe gelegenen Unternehmen, die Schäden zu beseitigen. Der EuGH bestätigte nun die Vorgangsweise der Behörden. Bei Betreibern, die über Anlagen in der Nähe eines verschmutzten Gebiets verfügen, kann vermutet werden, dass sie dafür die Verschmutzung verantwortlich sind, so der EuGH. (red)



EuGH-Urteil lässt sizilianische Unternehmen Umweltschäden reparieren.

Volumen 15 Mio. Euro Geld für innovative Gründer
aws: Venture-Capital-Initiative

Wien. Die „Venture-Capital-Initiative“ der Austria Wirtschaftsservice (aws) startet heuer mit einem Volumen von 15 Mio. €. Die aws, die seit den 1990er-Jahren in dem Segment tätig ist, will sich konkret an Frühphasen-Fonds beteiligen. Damit sollen forschungs- und technologieorientierte Unternehmen ab der Gründung unterstützt werden.

Bernhard Sagmeister, Geschäftsführer der aws: „Zuletzt war das Venture-Capital-Segment in Österreich fast ausgetrocknet. Mit der ‚Venture-Capital-Initiative‘ leisten wir einen wichtigen Beitrag, um die Finanzierungslücke bei der Übersetzung von innovativen Ideen in wirtschaftliche Wertschöpfung zu schließen.“

Risikokapital für High-Tech

Das Pilotprojekt startet ab sofort mit einem Auswahlverfahren, das von einer internationalen Expertenjury begleitet wird. Bis Ende Mai können sich deutsche, schweizerische und österreichische Fonds mit Investitionsschwerpunkt in Österreich und einem Volumen von mehr als 30 Mio. € bewerben.

Die aws beabsichtigt, als „cornerstone-Investor“ bis zu 30% der Anteile an Closed-End-Funds mit einem Exit nach zehn bis 15 Jahren zu erwerben.

Die Investitionen erfolgen dabei zu marktüblichen Konditionen. Sagmeister: „Wir schließen eine Finanzierungslücke, helfen innovative und aufstrebende Unternehmen zu fördern und erwarten uns auch eine Signalwirkung bei den Investoren.“ (red)



aws-Geschäftsführer Bernhard Sagmeister: „Venture Capital stärken“.